Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9594**

17. Wahlperiode 08. 05. 2012

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum G8-Gipfel am 18./19. Mai 2012 in Camp David und zum NATO-Gipfel am 20./21. Mai 2012 in Chicago

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die landesweiten Unruhen und Massenproteste mit zahlreichen Toten im Februar 2012 sowie das Massaker von Kandahar, bei dem 16 afghanische Zivilisten getötet wurden, sind jüngste Beispiele für die desolate Situation in Afghanistan. Sowohl die Sicherheitslage als auch die gesamtgesellschaftliche Situation im Land bleiben schlecht. Den „verlorenen Krieg“ fortzuführen, um „einen Grund dafür zu finden, sich selbst zum Sieger erklären zu können“, wie es der NATO-Berater und Leiter des Hague Center for Security Studies, Rob de Wijk, in den „Stuttgarter Nachrichten“ (16. März 2012) formulierte, ist zynisch und grundsätzlich falsch. Es ist dringend geboten, den Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) zu beenden und die Bundeswehr sofort abzuziehen.

Der bisherige Kurs der USA und der NATO-Militärallianz, bis 2014 lediglich einen Teilabzug von so genannten kämpfenden Einheiten anzuvisieren, greift zu kurz – er trägt weder zu einer Deeskalation bei noch werden damit neue Anreize für dringend erforderliche Friedensgespräche geschaffen. Erstens sollen die so genannten Ausbildungseinheiten von ISAF aktiv bei militärischen Operationen der afghanischen Sicherheitskräfte eingesetzt werden. Zweitens wird ein großer Teil der US-Truppen, vor allem die CIA-Einheiten und andere Spezialkräfte, im Rahmen der Operation Enduring Freedom weiterhin offensive Operationen und gezielte Tötungen durchführen. Drittens ignorieren die gegenwärtigen Planungen in der NATO die ausdrücklichen und jüngst wiederholten Forderungen des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai nach dem sofortigen Rückzug der NATO- und US-Truppen in ihre Stützpunkte, der Übergabe der Gesamtverantwortung für die Sicherheit an die afghanischen Behörden sowie die Auflösung der US-Militärgefängnisse und der ausländischen privaten Sicherheitsdienste. Die Besatzung Afghanistans durch NATO-Truppen lehnt die Fraktion DIE LINKE. ab. Auf dem NATO-Gipfel am 20./21. Mai 2012 in Chicago muss daher die Chance für eine grundlegende Abkehr von der bisherigen, falschen Politik ergriffen werden.

Unabhängig von den Entscheidungen innerhalb der NATO-Militärallianz über die Zukunft von ISAF hat Deutschland die Verantwortung und die Möglichkeit, zumindest in seinem Zuständigkeitsbereich die Weichen für eine Verbesserung der Sicherheitslage zu stellen und eine Friedensperspektive zu schaffen. Das Abzugsversprechen der Bundesregierung muss jetzt mit Leben erfüllt werden – nicht erst 2014 oder noch später, sondern 2012. Durch die Fortführung der deutschen offensiven Militäroperationen und Unterstützungsleistungen für offensive Militäroperationen der afghanischen Streitkräfte und der USA, bis hin zur indirekten Mitwirkung an gezielten Tötungen, werden die Bemühungen um eine Deeskalation und einen Friedensprozess blockiert. Die geplante Verlegung von Tiger-Kampfhubschraubern nach Afghanistan setzt ein Zeichen dafür, dass die Bundeswehr in den nächsten Jahren sogar noch stärker an Kampfhandlungen teilnehmen soll. Dagegen setzt der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ein deutliches Zeichen für die Beendigung des Krieges, der in den vergangenen zehn Jahren zehntausende Zivilisten, tausende Soldatinnen und Soldaten sowie zahlreiche zivile Helferinnen und Helfer das Leben gekostet hat. Die bislang für die Militärintervention gebundenen Mittel von mehr als 1 Mrd. Euro pro Jahr müssen im Rahmen einer verlässlichen und nachhaltigen Partnerschaft mit Afghanistan für den Aufbau ziviler, selbstbestimmter Strukturen und der wirtschaftlichen Entwicklung zur Verfügung gestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf dem NATO-Gipfel die Aufhebung des 2001 festgestellten Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Vertrages zu beantragen;
2. sich auf dem NATO-Gipfel dafür einzusetzen, dass die NATO einen verbindlichen Plan für den schnellstmöglichen Abzug aller Truppen vorlegt;
3. keine weiteren Waffensysteme aus Deutschland nach Afghanistan zu verlegen, die deutsche Beteiligung an ISAF zu beenden, darüber die NATO-Partner zu informieren und unverzüglich einen verbindlichen Plan für den sofortigen Abzug des deutschen Einsatzkontingents in 2012 vorzulegen;
4. sofort jegliche Mitwirkung an gezielten Tötungen in Afghanistan und Pakistan einzustellen und sich auf dem NATO-Gipfel für eine sofortige Beendigung der Praxis der gezielten Tötungen der NATO einzusetzen.

Berlin, den 8. Mai 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333